

EDITORIAL

Die Politik bzw. alle Parteien haben schon lange erkannt, dass es Eltern oft schwer bzw. immer schwerer fällt, eine Balance zwischen Arbeit und Familienleben, zwischen Familie und Beruf zu finden. Es gilt als selbstverständlich, dass die öffentliche Hand Familien unterstützt. Familienpolitik ist aber alles andere als einfach: Erstens treffen in der politischen Diskussion immer wieder unterschiedliche gesellschaftliche Überzeugungen aufeinander; zweitens weiss oft niemand, «woher das Geld nehmen», um all die guten Ideen umzusetzen. Dabei könnte man sich auch mal fragen, in welcher Form und inwieweit sich der Staat überhaupt für Familien engagieren soll. Es gibt ja kaum etwas Privateres als das Familienleben. Mit praktisch jeder familienpolitischen Massnahme greift der Staat aber in die Freiheit und Privatsphäre der Familien ein, denn jede Massnahme hat – ob gewollt oder ungewollt – auch lenkende Wirkung. Dazu nur ein Beispiel: Oft wird als Argument für Kitas oder so genannte Tagesstrukturen an den Schulen vorgebracht, die Wirtschaft sei auf die Arbeitskraft der Frauen angewiesen. Der Staat habe doch so viel in die gute Ausbildung der Frauen investiert, da sei es doch nicht sinnvoll, wenn diese Jahre lang bei den Kindern zu Hause blieben. Eine solche Argumentation scheint mir fatal. Weder Mann noch Frau schulden dem Staat irgendetwas für die gute Ausbildung. Mann und Frau müssen die Freiheit haben, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wünschen.

Für Frauen ist es schwieriger als für Männer, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Erst die Möglichkeit, Kinder zumindest zeitweise fremdbetreuen zu lassen, gibt den Frauen die Freiheit auch beruflich weiterzukommen. Trotzdem konnte sich unsere Gesellschaft bisher nicht dazu entschliessen, z.B. für jedes Kind ab drei Monaten einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen, wie dies z.B. in Deutschland der Fall ist. Andere Überlegungen, wie z.B. die oben gestellte Frage, inwieweit sich der Staat ins Familienleben einbringen soll, haben nach wie vor grossen Einfluss.

Es ist auch nicht verwunderlich, dass die Arbeitgeber, insbesondere kleinere Betriebe, sich um den Ausgleich zwischen Familie und Beruf kümmern. Für sie ist Mutterschaft ein grosser Kostenfaktor. Wenn gleich mehrere Mitarbeiterinnen schwanger werden und Mutterschaftstaggeld fällig wird, kann es für kleinere Betriebe finanziell eng werden. Entschliesst sich eine Mutter, bis die Kinder «aus dem Gröbsten raus sind», zu Hause zu bleiben, verliert der Arbeitgeber eine wertvolle Arbeitskraft. Solche Herausforderungen haben schliesslich die Wirtschaftskammer bewogen, die Initiative «Familie und Beruf» zu lancieren, über die am 18. September abgestimmt wird. Da bleibt nicht viel Zeit für die gesellschafts- und familienpolitische Diskussion, die geführt werden muss. Es erstaunt daher, dass die Regierung bzw. der Gesellschaftsminister sich bisher zur Initiative so wenig geäussert hat. Fürchtet er eine familienpolitische Debatte so kurz vor den Landtagswahlen? Oder wartet er einfach, bis das Volk Fakten geschaffen hat? Beides ist man sich von Mauro Pedrazzini nicht gewohnt.

Pio Schurti

Für gleich lange Spiesse...

von Harry Quaderer

Anfang Mai hat das Initiativkomitee «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer 1144 gültige Unterschriften der Regierung überreicht. Dass sich die Wirtschaftskammer dieser Sache annahm, weist erstens darauf hin, wie wichtig das Thema für das Gewerbe bzw. KMUs ist, und macht zweitens deutlich, dass die schwarz-rote Regierung in dieser gesellschaftspolitisch brisanten Angelegenheit bisher nur wenig Engagement und Interesse an den Tag gelegt hat. Deshalb hätte man eine solche Initiative eigentlich eher von den Weissen erwartet, diese verplempeln ihre Energie jedoch schon seit Langem in sozialpolitischem Wahlkampfgeplänkel anderer Art.

Dem Initiativkomitee der Wirtschaftskammer gebührt unser Dank, dass sie übernommen hat, was eigentlich Aufgabe der Regierung gewesen wäre, und mit ihrer Initiative schon mal dafür gesorgt hat, dass dieses Thema im Landtag intensiv diskutiert wurde.

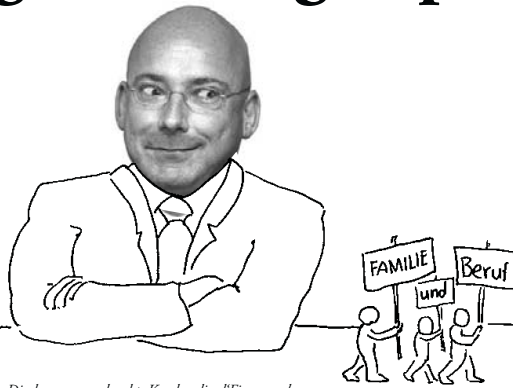
Grundsätzlich ja, aber....

Das Ziel der Initiative, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, fand dann auch Lob im Landtag. Zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, schien aber auch dem Landtag keine leichte Aufgabe. Die Wirtschaftskammer möchte nämlich nicht nur die Kitafinanzierung, sondern auch das Mutterschaftstaggeld auf neue Beine stellen, indem diese Leistungen neu aus der Familienausgleichskasse (FAK) finanziert werden sollen. Während Kitas (nicht alle) bisher vom Staat unterstützt wurden und die Arbeitgeber selber für das Mutterschaftstaggeld eine Taggeldversicherung abschliessen müssen, soll das notwendige Geld nach dem Willen der Initianten aus der FAK kommen.

Zahlen, Daten, Fakten werden im Hohen Hause immer wieder gefordert. Und genau in diesen drei Punkten schieden sich die Geister im Hohen Hause. Können und sollen die von der Initiative geforderten Leistungen durch einen Abbau der Familienausgleichskasse finanziert werden? Führt ein Reserveabbau nicht dazu, dass damit die traditionellen FAK-Leistungen (Kindergeld) eingeschränkt werden? Werden mit dieser Initiative nicht ganz unnötigerweise Grossbetriebe gefördert, die in ihren Kitas hauptsächlich Kinder von Grenzgängern betreuen lassen? Sollen also FAK-Reserven zu Lasten der Grossbetriebe und Grenzgänger abgebaut werden? Wie wohl bei allen wichtigen Vorlagen, steckt der Teufel auch hier im Detail. Hat die Wirtschaftskammer einen Treffer gelandet, oder könnte sich die Annahme dieser Initiative zum Eigenziel entwickeln?

Gleich lange Spiesse?

Die Wirtschaftskammer hatte mit ihrer Veranstaltung auf dem Pe-



«Dia kommer grad recht. Kond se dia d'Finger verbrenna»

ter-Kaiser Platz unter dem Motto «Für gleich lange Spiesse» unserer Regierung genügend Druck gemacht, damit die Ungleichbehandlung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr mit der benachbarten Schweiz endlich in Angriff genommen wurde und – so wie es aussieht – auch beseitigt werden konnte. Ähnlichen Druck hat die Wirtschaftskammer mit der vorliegenden Initiative erzeugt. Man darf aber wohl dennoch sagen, dass diese Initiative wohl gut gemeint ist, aber kaum zu gleich langen Spiesen unter Müttern führt. Man müsste eher sagen, dass die Initiative – wenn sie vom Volk angenommen wird – zu einer Diskriminierung von Frauen und Familien führt.

Ich möchte den Initianten in ihrem Vorhaben auf keinen Fall Böswilliges unterstellen. Bei genauerer Betrachtung der Initiative stellt man aber doch fest, dass nicht im Sinne von «gleich langen Spiesen» formuliert wurde.

Diskriminierung von Frauen und Familien?

Bei der Initiative der Gewerkekammer stehen Tageseltern aussen vor. Auch Ahna, Nana oder Oma, die sich um die Jungspinnen küm-

mern, während die Eltern der Arbeit nachgehen, werden nicht berücksichtigt. Mit der Initiative werden FAK-Gelder und auch FAK-Reserven zu Gunsten von Mutterschaftstaggeld und Kitas abgebaut. Die traditionelle Familie, in welcher (in der Regel) die Mutter ihre Kinder selbst betreut und grosszieht, hat das Nachsehen. Für sie gibt es keine Unterstützung. So gesehen, würden traditionelle Familien im Falle der Annahme der Initiative doppelt bestraft: Während sie auf ein doppeltes Einkommen verzichten, weil ein Elternteil bei den Kindern bleibt, wird den Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, auch noch die Kita finanziert.

Administrativer Aufwand?

Und ja, die von der Wirtschaftskammer propagierten Massnahmen würden mit Sicherheit zu einer Zunahme von Administrationskosten führen. Auch der Krankenkassenverband hatte schon im Vorfeld der Landtagsdiskussion darauf hingewiesen, die Umsetzung der Initiative sei zumindest um ein Jahr aufzuschieben, da etliche Koordinierungs- und Detailfragen im Raum stehen, weil z.B. 4000 Taggeldversicherungsverträge zu prüfen seien.

Nun, meiner Ansicht nach soll ein solches Vorhaben, wenn es Hand und Fuss hat, nicht am Administrationsaufwand scheitern. Aber jeder Aufwand soll eine Investition sein, die sich lohnt.

Der Landtag sagt ja, aber....

Mit gerade mal 13 Stimmen hat der Landtag die Initiative «Familie und Beruf» gutgeheissen. Knapper geht es nicht. Dies nach einer mehrstündigen Debatte und nach dem Versuch der FPB, per Schnellschuss eine Gegeninitiative zu verabschieden. Dem Antrag des Abgeordneten Christian Batliner auf Volksabstimmung stimmten schliesslich 19 Abgeordnete zu. Die Freie Liste stimmte geschlossen gegen eine Volksabstimmung. Das Volk wird im September entscheiden.

Ein Gegenkomitee hat sich gebildet

Üblicherweise wird bei einer Volksabstimmung über die Pros und Kontras einer Vorlage entschieden. In meinen Augen auf eher seltsame Weise hat die Regierung den Part des Gegners der Vorlage einer unabhängigen Gruppierung überlassen. Schleicht sich hier die Regierung aus der Verantwortung oder ist dies rein wahlkampftaktisches Kalkül? Man wird den Eindruck nicht los, dass die Regierung ein konträres, gesellschaftspolitisch aber wichtiges Anliegen so kurz vor den Wahlen nicht anpacken will. Auf jeden Fall sei dem Gegenkomitee gedankt für seine sehr stichhaltigen Argumente, die in dieser «hoi du»-Ausgabe auf Seite 2 nachzulesen sind.

Die Regierung steht in der Verantwortung

Wie auch immer diese Abstimmung im September ausgehen wird: Die schwarzrote Regierung steht schlussendlich in der vollen Verantwortung und sie hat dafür zu sorgen, dass es im Sinne von «Familie und Beruf» eine faire und gerechte Lösung für alle Betroffenen geben wird.

Abstimmung «Familie und Beruf»

Wirtschaftsinitiative statt Familieninitiative

von Herbert Elkuch und Erich Hasler

Wussten Sie, dass...

... selbständig Erwerbende, die als Einzelfirma organisiert sind und wie alle anderen Beschäftigten FAK-Beiträge zahlen, bei einer Annahme der Initiative vom Bezug von Mutterschaftsgeld und anderen FAK-Beiträgen ausgeschlossen sind?

... liechtensteinische Familien, von denen kein Elternteil in Liechtenstein einer Beschäftigung nachgeht, für die Betreuung in einem Kita-Platz keine Unterstützung aus dem FAK-Topf erhalten werden?

... handkehrum aber alle Betriebs-Kitas in Zukunft aus dem FAK-Topf Geld bekommen, auch wenn diese fast ausschliesslich Kinder von Grenzgängern betreuen?

... z.B. bei der Hilti Betriebs-Kita im letzten Jahr von 65 bis 70 betreuten Kindern gerade mal 3 aus Liechtenstein kamen?

... die Regierung plant, jeden Kita-Platz — unabhängig davon, ob es sich um eine Betriebs-Kita oder eine Gemeinde-Kita handelt — mit Steuergeld zu subventionieren und damit Steuergeld sprichwörtlich in grossem Stil exportiert?

... die grosse Mehrzahl von Frauen, die ihre Kinder in den ersten Jahren selbst betreuen, aus der Familienausgleichskasse, die eigentlich für alle Familien gleichermaßen da ist, nichts bekommen werden?

... die liechtensteinischen Taggeldversicherungen in den letzten paar Jahren insgesamt ein Defizit von CHF 5 Mio. eingefahren haben und dringend saniert werden müssen?

... den Versicherern deshalb die Annahme der Initiative der Wirtschaftskammer sehr willkommen wäre, da die Taggeldversicherungen vom Mutterschaftsgeld entlastet würden und sie ihre Fehler nicht eingestehen müssten?

... die Aussage der Wirtschaftskammer, dass bei einer Annahme der Initiative die Taggeldversicherung für die Betriebe billiger werde, daher irreführend ist?

... die Initiative der Wirtschaftskammer eine «Wirtschaftsinitiative» und keine «Familieninitiative» ist?

... die Ideen der Wirtschaftskammer nicht durchdacht sind, und die Gewerbler sich fragen sollten, ob die grossen Profiteure der Initiative die Gewerbler oder die Industriebetriebe sind?

... Familien für Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden, keine Unterstützung erhalten — weder von der FAK noch vom Vater Staat — obwohl die Betreuung durch Tagesmütter für das Land weitaus günstiger ist als Plätze in Kindertagesstätten?

... du — die Unabhängigen dafür eintreten, dass das FAK-Geld den hiesigen Familien zugute kommt und nicht Kita-Plätzen, die mehrheitlich von Grenzgängern in Anspruch genommen werden.

Initiative «Familie und Beruf»: Problem Taggeldversicherung

von Erich Hasler und Herbert Elkuch

Die Initianten behaupten, dass bei einer Annahme «Familie und Beruf», «die Prämien für Arbeitnehmer und Arbeitgeber günstiger» werden. Dies stimmt so nicht. Zutreffend ist, dass bei einer Annahme der Initiative die Taggeldversicherungen der Krankenkassen von der Zahlung des Mutterschaftsgeldes entlastet werden. Das heisst aber noch keineswegs, dass die Taggeldversicherung deswegen generell billiger wird.

Falsche Versprechungen der Initianten

Die Initianten schreiben im Begleittext: «Das Risiko in eine Sanierung wegen Krankentaggeldbeiträgen zu kommen, wir verringert.» Sie haben aber mehrere Dinge nicht berücksichtigt: Die Taggeldversicherung muss saniert werden, das ist bereits Fakt! Die Taggeldversicherungen der Krankenkassen in Liechtenstein haben in den letzten paar Jahren einen Verlust von ca. CHF 5 Mio. angehäuft. Eine Quersubventionierung mit anderen Zweigen der Versicherung ist gesetzlich nicht erlaubt! Für die Versicherer und die Regierung wäre die Annahme der Initiative ein Segen, denn dann kämen die Versäumnisse der letzten Jahre weniger zum Vorschein. Jeder Betrieb ist individuell versichert. Wenn ein Betrieb wenige oder gar keine weiblichen Angestellten hat, z.B. eine Baufirma, dann wirkt sich die Annahme der Initiative für diesen Betrieb gar nicht aus. Positiv im Sinne einer Prämienreduktion könnte sich die Initiative z.B. bei einem Frisörsalon auswirken, der überwiegend junge, weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Damit die gesetzlich geforderten Reserven wieder erreicht und dieser wichtige Bereich der Sozialversicherung wieder kostendeckend betrieben werden kann, sind die Versicherer zu Sanierungsmassnahmen gezwungen. Selbst wenn die Initiative angenommen würde, könnten die Prämien also ansteigen. Die Initianten versuchen, die Ursache der Verluste den Familien anzulasten und verlangen nun mit Familienzugewandlung die Taggeldversicherung zu

sanieren. In Wirklichkeit sind nicht die Familien schuld an der Misere, sondern die Betriebe, die über Jahre schlicht und einfach zu wenig Taggeldprämien bezahlt haben.

Untätige Regierung

Gemäss Art. 22 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind die Beiträge jeweils so zu bemessen, dass für jeden Versicherungszweig, in diesem Fall die Taggeldversicherungskollektive der einzelnen Betriebe, gemäss Abs. 1 unter Berücksichtigung der übrigen Einnahmequellen die jährlichen Aufwendungen für Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten gedeckt und die nötigen Vermögensreserven gebildet werden können. Nachdem die Taggeldversicherungen in den letzten Jahren praktisch jedes Jahr Verluste eingefahren haben, hätten diese schon längst massiv Gegensteuer geben müssen. Dies haben sie unterlassen können, weil die Regierung das Gesetz nicht konsequent durchgesetzt hat. Den Krankenkassen war dies natürlich recht, weil sie so die Kunden bei der Stange halten resp. neue gewinnen konnten.

Auskunft des LKV ist massgeblich!

Gemäss Auskunft des liechtensteinischen Krankenkassenverbandes (LKV) wird es keine generellen Abschläge bei den Prämien der Taggeldversicherungen geben, da die Prämien betriebsindividuell bzw. risikogerecht auf den Schadensverlauf der letzten Jahre berechnet werden. Bspw. wird sich die Initiative bei einem Baumeister, der praktisch keine Frauen beschäftigt, gar nicht auf die Prämien auswirken! Damit erweisen sich die Behauptungen der Initianten als falsch! Die Wirtschaftskammer hat dem Vernehmlassungsbericht der Regierung unbedenken Teile entnommen und damit auch offensichtliche Fehler und Schwachstellen kopiert, die im normalen Gesetzgebungsverfahren hätten verhindert werden können. Abschreiben ist nicht generell verpönt, man darf sich in der Politik einer so genannten Rezeptionsvorlage bedienen. Man sollte aber doch so aufmerksam sein beim Abschreiben, dass man die grössten Böcke nicht auch noch mit abkupfert.

JA oder NEIN?

Du weisst nicht, wie du abstimmen sollst? Die folgenden zehn Fragen können dir bei der Entscheidungsfindung helfen.

Möchtest du, dass...	JA/NEIN
... diejenigen benachteiligt werden, die ihre Kinder selber betreuen?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... sich die Situation für junge Mütter verschlechtert?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... Zupendler bevorteilt werden?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... die Betriebs-Kitas der Grossbetriebe subventioniert werden?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... Tagesmütter, Kinderspielgruppen, etc. aber leer ausgehen?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... der Administrationsaufwand und die Ausgaben bei der FAK ansteigen?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... selbständig erwerbende Mütter kein Mutterschaftstaggeld erhalten?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... anstatt Familien Betriebe profitieren?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... jährlich über 6,5 Mio. aus der FAK in Betriebe fliessen?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
... und somit Familiengeld zur Wirtschaftsförderung verwendet wird?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Falls du drei oder mehr dieser Fragen mit NEIN beantwortet hast, hast Du dich eigentlich schon entschieden und kannst der Abstimmung am 18. September 2016 gelassen entgegensehen: Du bist gegen die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer. Mit andern Worten: Du hast erkannt, dass die Gesetzesinitiative zu Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeiten führen wird.